

### LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN!



Während die Koalitionsverhandlungen noch in vollem Gange sind, wird im Willy-Brandt-Haus unter Hochdruck das Mitgliedervotum vorbereitet.

Nach den Vorstellungen des Parteivorstandes müssen am 12. Dezember 2013, 24:00 Uhr alle Stimmzettel in einem Postfach beim Parteivorstand eingegangen sein.

Stimmberechtigt sind alle, die bis zum 13. November in der Mitgliederverwaltung aufgenommen sind. Dabei reicht es natürlich nicht, wenn man bis dahin ein Aufnahmeformular abgegeben hat, denn nach unserer Satzung müssen Ortsvereinsvorstände ja noch der Aufnahme von Neumitgliedern zustimmen! Weitere Informationen zum Mitgliedervotum findet Ihr im Internet unter [www.spd.de](http://www.spd.de)

Neben den technischen und organisatorischen Fragen ist es natürlich wichtig, sich inhaltlich auf die Abstimmung vorzubereiten.

In den drei Ortsvereinsrunden, die ich in der letzten Woche in den Landtagswahlkreisen angeboten habe, hat sich gezeigt, dass erheblicher Informationsbedarf besteht und dass durch vieles, was in den Medien aus den Koalitionsgesprächen berichtet wird, mehr Fragen aufge-

worfen als beantwortet werden.

Überhaupt: Entscheidend ist nicht, was dieser oder jener aus den Gesprächen erfahren haben will oder was aus der dritten Reihe in Mikrofone geblasen wird. Den aktuellen Stand geben nur die Verlautbarungen unserer Verhandlungsführer wieder. Und auch da gilt: So lange wir uns mit der Union nicht auf ALLES geeinigt haben, ist NICHTS in trockenen Tüchern!

Insofern ist heute jede Diskussion immer auch ein bisschen Stochern im Nebel und gänzlich überflüssig ist es, auf die Spekulationen über Personal und Ministerien einzugehen. ALLES, was wir darüber hören und lesen, ist heiße Luft, ausgedacht von Journalisten.

WENN es zu einer Einigung mit der Union kommt und WENN dabei der vorgesehene Zeitplan eingehalten werden kann, wird uns vermutlich Anfang Dezember der Koalitionsvertrag vorliegen und diskutiert werden können.

Der SPD-Landesverband bietet dazu drei Regionalkonferenzen an, nämlich

- **am Montag, 02.12. in Rendsburg Bürgerzentrum (ehemals Hohes Arsenal), Paradeplatz 11, 24768 Rendsburg**

- **am Dienstag, 03.12. in Pinneberg Saal im Rathaus (Ratsitzungssaal), Bismarckstraße 8, 25421 Pinneberg**
- **am Freitag, 6.12. in Lübeck Media Docks, Willy-Brandt-Allee 31, 23554 Lübeck**

Alle Veranstaltungen beginnen jeweils um 19.00 Uhr, Einlass ab 18.00 Uhr.

Am Sonnabend, dem 07.12. will ich nachmittags noch ein Treffen im Norden des Kreises anbieten. Der genaue Ort wird noch bekannt gegeben.

Wenn Ihr es einrichten könnt, nehmt bitte an einer der Veranstaltungen teil. Wer es nicht schafft, kann die drei Landesverbands-Veranstaltungen auf einem Live-Stream verfolgen:  
[www.spd-schleswig-holstein.de](http://www.spd-schleswig-holstein.de)

Und ideal wäre es natürlich, wenn auch in den Ortsvereinen Diskussionen angeboten werden: Auf einer Mitgliederversammlung, einem Stammtisch – wie auch immer.

Mit dem Mitgliedervotum ist die SPD Vorreiter bei der innerparteilichen Demokratie. Helft mit, dass das Votum – unabhängig vom Ergebnis – ein Erfolg wird, dass viele sich beteiligen!

Solidarische Grüße

### SPD-KREIS-INFO

Hrsg. / Verantwortlich für den Inhalt:

SPD-Kreisverband  
Rendsburg-Eckernförde  
Nienstadtstraße 10  
24768 Rendsburg  
Sönke Rix, Götz Borchert  
Redaktion: Götz Borchert, Axel Diehl,  
Andreas Fleck, Jürgen Strack, Manfred  
Tank  
Tel. 04331-437 4602  
Fax 04331-437 4603  
Mail: [kv-rendsbuerg-eckernfoerde@spd.de](mailto:kv-rendsbuerg-eckernfoerde@spd.de)

# LANDESWAHLKONFERENZ WÄHLT ULRIKE RODUST MIT 93 PROZENT

Klare Signale und ein klares Bekenntnis zu Europa prägten diesen Parteitag. Unsere Europaparlamentarierin Ulrike Rodust wurde mit einem hervorragenden Wahlergebnis von über 93 Prozent als Schleswig-Holsteinische Spitzenkandidatin bestätigt.

In seiner Eröffnungsrede, es war seine „Jungfernparteitagseröffnungsrede“, stellte der stellvertretende Landesvorsitzende Andreas Breitner fest, dass wir ein starkes Bekenntnis zu Europa brauchen. Jedoch es müsse sehr deutlich ein humanes Europa sein, ein Europa, in dem Menschen willkommen sind. Mit Blick auf die NSA-Affäre bemerkte Breitner auch, dass bei allem Verständnis und aller Berechtigung für Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung die Bürgerrechte nicht aufgegeben werden dürften.

Konnte Breitner schon eine große Anzahl befreundeter Politikerinnen und Politiker aus mehreren Mitgliedsstaaten begrüßen, so stand dann Europa bei den Gastbeiträgen im Mittelpunkt. Während **Kirstin Tappenbeck von der Europa-Union Schleswig-Holstein** den Europäischen Gedanken und das gemeinsame europäische Haus beschwor, hob der **österreichische Europaabgeordnete Hannes Swoboda** besonders das Gesicht und die Rolle Deutschlands hervor. Deutschland braucht ein anderes politisches Gesicht in Europa, so Swoboda, denn Merkel ist nicht Deutschland. Deutschland habe das Gewicht, ein starkes, soziales und humanes Europa mitzugestalten und zu prägen. Es müsse ein gemeinsames und kein vielfach gespaltenes Europa sein. Wenn Merkel von Freiheit und Deregulierung spricht, dann sei nur die Freiheit der Banken gemeint gewesen. Sie führe auch lediglich die Diskussion, wer darf mitmachen, EU ja oder nein. Doch die entscheidende Frage, die die Sozialde-



Fotos: Gerd Finke

mokratie stellt, ist doch nicht ob, sondern welches Europa wollen wir? Wie gehen wir miteinander um? Der Umgang mit dem Thema Arbeitslosigkeit und besonders auch der Jugendarbeitslosigkeit ist für die europäische Sozialdemokratie nicht akzeptabel.

Skandalös sei auch das Verhalten und Nichthandeln Merkels in der Flüchtlingsfrage. Abschließend bemerkte Swoboda, dass Martin Schulz für ein anderes Europa stehe und Deutschland ein anderes europäisches Gesicht gebe.

**Ulrike Rodust** hob in ihrer Bewerbungsrede besonders auf ihr politisches Spezialgebiet europäische Fischerei ab. Als Berichterstatterin zog sie Bilanz einer erfolgreichen Arbeit, die auch entsprechend in den Medien ein positives Echo fand. Grundlage für die erfolgreiche Arbeit war, alle Beteiligten an einen Tisch geholt zu haben. Wichtig sei der Dialog in Europa. So rief denn Rodust den Delegierten abschließend zu, Europa

findet in Schleswig-Holstein statt und Europa findet für Schleswig-Holstein statt.

Mit einem Wahlergebnis über 93 Prozent dankte der Parteitag einer fleißigen Politikerin für ihren Einsatz eindrucksvoll.

Martin Tretbar-Endres konnte sich gegen die vom Landesvorstand vorgeschlagene Landtagsabgeordnete Regina Poersch als Huckepack-Kandidat durchsetzen. Tretbar-Endres wurde damit auch für sein ehrenamtliches und europapolitisches Engagement belohnt.

Weitere Punkte: Das vorgelegte Europapapier **Positionen der SPD SH für die Europawahl 2014** wurde mit wenigen Änderungen und nach kurzer Diskussion beschlossen.

Ralf Stegner informierte sehr engagiert und umfangreich **Zur Lage der SPD in Bund Land**. Deutlich stellte Stegner noch einmal unsere Positionen heraus. Ein Politikwechsel muss deutlich sichtbar werden. Eine Vereinbarung, die unter allen Verhandlungsergebnissen den Vermerk des Haushalts- und Finanzierungsvorbehaltes trüge, könne nicht akzeptabel sein. Besonders sei auch das Verfahren zur Abstimmung über einen möglichen Koalitionsvertrag als einmalig und demokratisch hervorzuheben.

*Martin Klimach-Dreger  
Schriftführer im Kreisvorstand*

Huckepack-Kandidat Martin Tretbar-Endres



Rendsburg-Eckernförder Delegation



## RÜCKENWIND FÜR EUROPA-KANDIDATEN



Großen Beifall fand der Beschluss des Kreisvorstandes, die amtierende Europaabgeordnete Ulrike Rodust aus Holzdorf für eine Wiederwahl zu nominieren. Ihr „Huckepack“-Kandidat soll der Rendsburger Kreistagsabgeordnete Martin Tretbar-Endres werden. „Ulrike Rodust hat in den vergangenen Jahren in Brüssel und Straßburg für die Entwicklung des ländlichen Raumes und ein soziales und nachhaltiges Europa gekämpft. Sie war entscheidend an der Reform der Fischereipolitik beteiligt. Martin Tretbar-Endres engagiert sich seit vielen Jahren leidenschaftlich und mit hohem Sachverstand für die Europapolitik, u.a. als Sprecher des Europa-Forums der SPD Schleswig-Holstein. Er hat unter anderem konkrete Beispiele einer neuen Energiepolitik im Ostseeraum entwickelt“, so der Kreisvorsitzende Sönke Rix, MdB.

Zuvor hatte Ulrike Rodust mehr Investitionen der Europäischen Union in die ländlichen Räume gefordert. Mobilität oder auch die ärztliche Versorgung seien vielfach gefährdet. Für ein Umdenken sei aber ein Wechsel von der konservativ-wirtschaftsliberalen Mehrheit hin zu einer sozial-progressiven Mehrheit im Europäischen Parlament nötig.

Martin Tretbar-Endres hatte in seiner Rede die Flüchtlingspolitik kritisiert und mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen in Berlin auch ein Umdenken auf deutscher Seite hin zu einer humanitären Politik gefordert. „Menschen verlassen ihre Heimat doch nicht ohne Grund und lassen sich auf eine lebensgefährliche Flucht ein. Die EU muss ihre Flüchtlingspolitik grundlegend ändern: Sie muss ihre humanitäre Verantwortung wahrnehmen und auch die Ursachen der Flüchtlingsbewegungen bekämpfen.“

Im Rahmen von Diskussionsrunden

sprachen die Delegierten über die europäische Politik für den ländlichen Raum, Wege aus der Euro-Krise und die europäische Energiepolitik. Anschließend beschloss der Kreisparteitag ein umfassendes Papier, das als Abschlussbericht einer ehrenamtlichen Arbeitsgruppe „Europäische Energiepolitik“ unter Leitung des stellvertretenden Kreisvorsitzenden Götz Borchert vorlag. „Wir wollen regionale Stärken in einem europäischen Konzept zusammenführen, um in ganz Europa die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von nachhaltiger Energie gewährleisten zu können. Unser Papier sieht für Länder wie etwa Griechenland Konjunkturpakete in der Energiepolitik vor oder auch die Umwidmung von Forschungsgeldern für Atomenergie hin zu Speichertechnologien. Wenn wir Fragen der Speicherung und der Netzinfrastruktur lösen, sind wir auf dem Weg hin zu einer europaweiten Energiewende ein ganzes Stück weiter“, betonte Borchert.

Ein Antrag des Ortsvereins Hohn zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs wurde an den Kreisparteiausschuss am 21. November verwiesen. Bis dahin soll eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Eckernförder Kreistagsabgeordneten Martin Klimach-Dreger Erwartungen und Vorschläge für die Reform aus Sicht des Kreises Rendsburg-Eckernförde erarbeiten.

Als neue Beisitzerin wurde die Hohenwestedter Kreistagsabgeordnete Iris Ploog in den Kreisvorstand gewählt. Sie erhielt 105 von 107 Stimmen. Sie wird sich mit der Kampagnenfähigkeit der Partei beschäftigen.

Zu Beginn des Parteitags hatten Sönke Rix und der Landes- und Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner den aktuellen Stand der Koalitionsverhandlungen mit der Union dargestellt und betont, dass die Maßgabe für eine mögliche Große Koalition das Gelingen eines Politikwechsels sei. Am Ende würden die Mitglieder darüber entscheiden, ob eine Koalitionsvereinbarung dieses beinhaltet.

*Götz Borchert  
stellv. Kreisvorsitzender*

## TERMINE

Montag, 18. November, 16.00 Uhr  
Rendsburg, Kreishaus  
Sitzung des Kreistages Rendsburg-Eckernförde



Dienstag, 19. November, 19.00 Uhr  
Rendsburg, Kreishaus  
Sitzung der SPD-Kreistagsfraktion



Mittwoch, 20. November, 15.00 Uhr  
Rendsburg, Nienstadtstraße 10  
Sitzung der Kreisvorstandes der AG 60plus



Donnerstag, 21. November, 18.00 Uhr  
Hohenwestedt, Landhaus, Itzehoer Straße 39  
Sitzung der SPD-Kreisvorstandes und um 19.30 Uhr Sitzung der SPD-Kreisparteiausschusses



Montag, 02. Dezember, 19.00 Uhr  
Rendsburg, Hohes Arsenal  
Regionalkonferenz der SPD Schleswig-Holstein zum Koalitionsvertrag



Sonnabend, 07. Dezember, nachmittags, Ort und Zeit wird noch bekannt gegeben  
Diskussion über den Koalitionsvertrag



Dienstag, 03. Dezember, 19.00 Uhr  
Rendsburg, Kreishaus  
Sitzung der SPD-Kreistagsfraktion



Dienstag, 10. Dezember, 19.00 Uhr  
Rendsburg, Kreishaus  
Sitzung der SPD-Kreistagsfraktion



Mittwoch, 11. Dezember, 19.00 Uhr  
N.N.  
Sitzung der SPD-Kreisvorstandes



Montag, 16. Dezember, 16.00 Uhr  
Rendsburg, Kreishaus  
Sitzung des Kreistages Rendsburg-Eckernförde

Neu im Kreisvorstand: Iris Ploog aus Hohenwestedt



# ENERGIEPOLITIK: REGIONALE STÄRKEN IM EUROPÄISCHEN KONTEXT



Der Europa-Kreisparteitag am 25. Oktober in Schacht-Audorf hat den Abschlussbericht des Arbeitskreises „Europäische Energiepolitik“ beschlossen, der zuvor zweieinhalb Jahre unter meiner Leitung getagt hatte.

Im Februar 2011 diskutierten wir auf einem Kreisparteiausschuss das Thema „Ungleichheiten in der EU“. In der Folge wurde die Energiepolitik als ein Feld bestehender Ungleichheiten identifiziert. Ein AK wurde daraufhin mit der Bewertung der europäischen Energiepolitik beauftragt. Neben einer umfassenden Analyse hat unser Arbeitskreis nun auch ein Papier mit einer Idee für die künftige Entwicklung vorgelegt. Herzstück unserer politischen Idee ist es, regionale Stärken in einem europäischen Konzept einer sozialen und nachhaltigen Energiepolitik zusammenzuführen.

Einige zentrale Gedanken:

- Eine sozialdemokratische Energiepo-

litik wird Ökologie, Ökonomie und Soziales miteinander in Einklang bringen.

- Die Energieversorgung ist zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge. Um allen Zugang zu sichern, muss sie durch die öffentliche Hand wahrgenommen werden.
- Konjunkturpakete sollten eine nachhaltige Energieversorgung beinhalten. Wir schlagen etwa vor, Konjunkturpakete z.B. für Griechenland mit dem Ausbau der Solarenergie zu verknüpfen.
- Zur Energiewende gehört auch Einsparung von Energie. Förderprogramme zur Wärmedämmung von Gebäuden müssen fortgesetzt und intensiviert werden.
- Der Netzausbau ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen einer konsequenten Energiewende. Beim Ausbau sind eine strategische Umweltprüfung und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Pflicht. Die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg ist sinnvoll, wenn regionale Stärken (z. B. Windkraft im Norden – Solarenergie aus dem Süden) zusammengeführt werden sollen.
- Forschungsgelder sind im Bereich der Speichertechnologien und „smart grids“ gut angelegt. Wir schlagen vor, die Gelder aus dem EURATOM-Vertrag zur Erforschung von Atomkraft künftig in die Erforschung von Speicher- und Netztechnologien zu investieren.
- Unser europäisches Konzept beinhaltet ausdrücklich eine dezentrale Versorgung in den Kommunen. Entsprechende Positionierungen haben wir

auch in unserem Kreiswahlprogramm beschlossen.

- Als eine Vorbildregion zeichnet unser Papier eine Vision für den Ostseeraum nach.

Wir sind bei der Diskussion rund um das energiepolitische Zieldreieck von Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit zu dem Ergebnis gekommen, dass die europäische Ebene mehr Befugnisse braucht, wenn nationalstaatliche Egoismen künftig in den Hintergrund treten sollen. Für eine Energiepolitik mit regenerativen Energien braucht es aber auch eine linke-progressive Mehrheit im Europäischen Parlament und den nationalstaatlichen Regierungen.

Die sozialdemokratischen Parteien Europas und die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament sind auf dem richtigen Weg. Wir unterstützen ihre Forderungen etwa nach einer effizienteren Gestaltung des Europäischen Emissionshandelssystems, der europaweiten Einführung einer Kohlenstoffsteuer oder auch der Ausweitung der EU- 20/20/20-Klimaziele auf 30/30/30-Ziele für das Jahr 2030.

Das Papier ist online [www.spd-rd-eck.de](http://www.spd-rd-eck.de) und per Mail anzufordern: [goetz.borchert@spd-rd-eck.de](mailto:goetz.borchert@spd-rd-eck.de).

Ich danke allen, die an diesem Papier maßgeblich mitgearbeitet haben: Klaus Georg, Jörg Geurink, Martin Klimach-Dreger, Roman Schwab, Jürgen Strack, Manfred Tank, Martin Tretbar-Endres, Gerrit van den Toren, Peter Uhl und Hans Peter Warnholz.

*Götz Borchert,  
stellvertretender Kreisvorsitzender*

## WIEDERBELEBUNG DER JUSOS RENDSBURG UND UMGEBUNG

Am Mittwoch, den 02.10.2013 hat sich nach 3 Jahren Pause die Jusos Rendsburg und Umgebung neu zusammengesetzt und Vorstandswahlen durchgeführt. Zum Vorsitzenden wurde Oscar Yendell (19) aus Büdelsdorf gewählt. Henning Reichert (17) aus Westerrönfeld und Christian Preußke (16) ebenfalls aus Büdelsdorf wurden zu den Stellvertretern ernannt. Geschäftsführer wurde Leon Schwark (16) aus Büdels-

dorf. Der Osterrönfelder Lennart Wulf (18) wurde Schriftführer und der einzige Rendsburger Lukas Rehder (20) wurde zum Pressesprecher der Arbeitsgemeinschaft gewählt. Derzeit besteht die AG nur aus den 6 Mitgliedern, sie setzen aber alles Mögliche daran viele neue Mitglieder zu werben, erklärt Lukas Rehder.



Henning Reichert, Christian Preußke, Leon Schwark, Oscar Yendell, Lennart Wulf und Lukas Rehder (v.l.n.r.)

---

# KEIN MENSCH IST ILLEGAL

## FLÜCHTLINGE SCHÜTZEN OHNE EUROPA ZU GEFÄHRDEN



Das tragische Schicksal der 200 Flüchtlinge, die vor Lampedusa ertrunken sind, macht viele betroffen. Konservative Schätzungen gehen davon aus, dass seit 1990 insgesamt 8.000 Flüchtlinge beim Versuch ertrunken sind, das Mittelmeer zu queren. Flüchtlingsorganisationen sprechen von bis zu 25.000 Toten.

Diejenigen, die es unbeschadet an das aus ihrer Sicht rettende Ufer schaffen, sehen sich dann aber entweder einem Leben als Illegalisierte oder Asylsuchende gegenüber. Bestenfalls werden sie

Geduldet. Zum Teil ohne Sprachkenntnisse stranden sie in einem bürokratischen System, das vielerorts geprägt ist von Misstrauen, Abwehr und Ausgrenzung.

Es besteht konkreter Handlungsbedarf für Bundes- aber auch Landespolitik. Unsere Forderung ist das Dublin-II Abkommen zu ändern. Wir müssen Recht schaffen, in jedem Land der EU Asyl zu beantragen und nicht nur dort wo die Einreise erfolgte. Aber auch die Unterkunft der Asylbewerber muss dezentralisiert und verbessert werden. Das Amt Dänischer Wohl und die Gemeinde Gettorf bemühen sich hier vorbildlich, damit Flüchtlinge, die zum Teil traumatisiert aus Syrien zu uns kommen, das Gefühl von Sicherheit und Willkommen zu erfahren.

Aus meiner Sicht müssen wir uns aber auch um diejenigen kümmern, die bereits als Illegalisierte in unserem Land sind und zu einem Leben in Schwarzarbeit, ohne staatlichen Schutz und per-

manenter Angst verdammt sind. Nur durch die freiwillige und ehrenamtliche Arbeit der bei medico organisierten Ärzte haben diese überhaupt Zugang zu medizinischer Versorgung. Kinder werden nicht geimpft und müssen in zum Teil menschenunwürdigen Umständen leben. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wenigstens notwendige Medikamente und Impfstoffe staatlich finanziert kurzfristig zur Verfügung stehen. Besser noch wäre wenn ein Zugang zum Gesundheitswesen organisiert würde. Außerdem müssen wir dafür sorgen, dass diese Kinder auch in die Schule können ohne der Ausländerbehörde gemeldet zu werden.

Wir müssen abwägen was uns wichtiger ist: Durchsetzung der Menschenrechte oder Bedarf nach behördlicher Registrierung. Ich würde mich für die Menschenrechte entscheiden!

*Serpil Midyatli, MdL  
stellv. Kreisvorsitzende*

## GROSSE KOALITION NUR MIT SUBSTANTIUELLEM POLITIKWECHSEL



Foto: Olaf Batke

Das Ergebnis der Bundestagswahl am 22. September ist für die SPD enttäuschend. Auch wenn wir in Schleswig-Holstein 6% über dem Bundestrend liegen und nun mit 9 statt bisher 6 SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag vertreten sind, haben wir es bundesweit nicht geschafft, eine Mehrheit für unsere Politik zu erringen. Es zeigt sich einmal mehr: Die Lage der SPD in den Bundesländern ist sehr unterschiedlich. Dort, wo die SPD glaubwürdig als Ge-

rechtigkeitspartei auftritt und man das an ihrer Politik auch sehen kann, sind die Ergebnisse am besten!

Wir dürfen uns nicht um die Aufarbeitung des Wahlergebnisses drücken, denn eine genaue Analyse ist für unsere zukünftige Aufstellung wichtig. Trotzdem sind wir es unseren Wählerinnen und Wählern schuldig, auszuloten, ob der Politikwechsel, für den wir angetreten sind, mit einer SPD-Regierungsbeteiligung ermöglicht werden kann. Deshalb haben die Delegierten des Parteikonvents mit großer Mehrheit entschieden, in Koalitionsverhandlungen mit der Union einzutreten. An den Verhandlungen sind außer mir noch 5 weitere Sozialdemokraten aus Schleswig-Holstein beteiligt.

Klar ist: In der gesamten SPD gibt es große Vorbehalte gegen eine Große Koalition. Die Erfahrungen, die wir damit in der Vergangenheit gemacht haben, sind keine guten. Deshalb gibt es glasklare Bedingungen dafür, dass wir ein solches

Bündnis eingehen könnten: Erstens muss es den substanziellen Politikwechsel geben, für den wir angetreten sind. Zweitens müssen die Mitglieder der SPD einem Koalitionsvertrag per Mitgliederentscheid zustimmen.

Die Mitgliederzustimmung zur Bedingung zu machen, ist die logische Fortsetzung der organisatorischen Erneuerung der Partei, die unter Sigmar Gabriel seit 2009 eingeleitet wurde. Denn die Mitglieder der SPD haben ein feines Gespür dafür, ob unsere Kernforderungen für eine sozialere Politik in Deutschland erfüllt sind: Ohne Mindestlohn, ohne eine konsequente Politik für Gute Arbeit, ohne Verbesserungen bei Rente & Pflege, ohne Investitionen in Bildung und Infrastruktur wird es keine Regierungsbeteiligung der SPD geben. Denn wir sind bei der Wahl dafür angetreten, das Leben der Menschen in diesem Land besser zu machen!

*Ralf Stegner, MdL  
SPD-Landesvorsitzender*

# GANZTAGSSCHULE? JA, ABER RICHTIG!

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung setzt sich für ein flächendeckendes Angebot von Ganztagschulen ein. Dies dient nicht nur der Chancen- und Bildungsgerechtigkeit, sondern ist auch ein wichtiger Baustein für unsere Frauen- und Familienpolitik sowie Integrationspolitik.

Allerdings ist der Begriff „Ganztagschule“ nicht fest definiert und lässt in der Praxis viel Raum für Interpretationsmöglichkeiten. Die AfB hat deshalb auf Bundesebene eine Arbeitsgruppe „Gute Ganztagschule“ gegründet, die für die nächste Bundeskonferenz im April 2014 ein umfassendes Leitbild mit Definitionen und Standards erarbeitet.

Eine „Gute Ganztagschule“ ist eben nicht nur eine Betreuungseinrichtung oder ein organisierter Spieltreff. Ebenso wenig bedeutet es, dass die Kinder einfach mit noch mehr Unterrichtsstunden vollgestopft werden. Eine wirkliche Ganztagschule kann auch nicht freiwillig oder nur an drei Tagen in der Woche organisiert werden, wie es z.B. die Kultusministerkonferenz festlegt.

Ein häufiges Vorurteil ist auch, dass unsere Kinder und Jugendlichen mit der gebundenen Ganztagschule keine Zeit mehr für Freizeit, Sport, Kultur und politisches Engagement haben. Wahr ist allerdings genau das Gegenteil: Wenn die Schülerinnen und Schüler die Schule an Nachmittag verlassen, dann haben sie wirklich frei für diese Aktivitäten. Dagegen muss eine offene Ganztagschule oder eine Schule mit Hortbetrieb für diejenigen Hausaufgaben und Übungen aufgeben, die mittags die Schule verlassen. Gerade die Schülerinnen und Schüler, die das Nachmittagsangebot der offenen Ganztagschule nutzen,



gehen danach nach Hause und müssen dann noch diese Hausaufgaben erledigen – Wo bleibt dort die freie Zeit für eigene Aktivitäten?

Natürlich wird sich die Arbeit der Vereine und Verbände in ihren Strukturen auch weiter entwickeln müssen. Besonders wichtig ist hierbei die gegenseitige Öffnung und Kooperation mit den Schulen innerhalb der Schulzeiten – es gibt hier bereits viele positive Beispiele, die von beiden Seiten als Gewinn für die (Aus-) Bildung, die Nachwuchsgewinnung und eine professionellere Arbeit gesehen wird.

Eine gute Ganztagschule aus unserer Sicht ...

- ist rhythmisiert, d.h. sie nimmt Rücksicht auf den Lern- und Lebensrhythmus der SchülerInnen und organisiert so Phasen von Lernen und Üben sowie Anstrengung und Entspannung für einen nachhaltigen Lernerfolg.
- braucht keine Hausaufgaben. Sie baut in ihren Stundenplan feste Übungsstunden ein, bei denen alle Kinder das im Fachunterricht erlernte

üben und vertiefen können unter professioneller Anleitung.

- stellt ein gutes Mittagessen und kümmert sich um eine gesunde Ernährung im Laufe des Tages.
- organisiert Vertiefungs- und Förderstunden, um Stärkere zu fordern und Schwächere zu fördern. Externe Nachhilfe wird überflüssig!
- bietet Lern- und Freiräume.
- stellt für den Unterricht und die pädagogischen Angebote eine gute Qualität sicher.

Ja natürlich, das gibt es nicht als Sparmodell und auch nicht jede Schule wird über Nacht dies umsetzen können. Der AfB ist aber wichtig, zunächst ein flächendeckendes Angebot an guten gebundenen Ganztagschulen einzurichten, damit die Familien zunächst erst einmal eine echte Alternative haben. Wir sind uns sicher, dass hier die SchülerInnen und Eltern nach kurzer Zeit mit den Füßen abstimmen und die guten Ganztagschulen zu einem Erfolgsmodell machen werden. Auch für die Finanzierung gibt es bereits realistisch durchgerechnete Vorschläge von der SPD Bundestagsfraktion mit dem „Masterplan Ganztagschule 2020“.

Die AfB steht Euch gerne für weitere Informationen und Veranstaltungen zur Verfügung.

*Ulf Daude  
Vorsitzender AfB RD-Eck  
Vorsitzender AfB SH  
Leiter AG Gute Ganztagschule im AfB  
Bundesvorstand*

## RD-ECK AUF DEM BUNDESPARTEITAG STARK VERTRETEN

Mit Sönke Rix, Ulrike Rodust, Andreas Breitner, Moritz Deutschmann, Kai Dolgner, Ulf Daude und Götz Borchert gehören sieben Rendsburg-Eckernförder zur schleswig-holsteinischen Delegation auf dem Bundesparteitag der SPD, der vom 14. bis zum 16. November in Leipzig stattfindet.

Dazu kommt eine Abordnung des Ortsvereins Büdelsdorf und der wiederbeleb-

ten Juso-AG Rendsburg-Büdelsdorf: Die Genossinnen und Genossen haben sich nämlich in der Kategorie „150 Jahre SPD“ mit ihrem Projekt „SPD-Geschichtsbuch – Büdelsdorf seit 1877“ für den Wilhelm-Dröschner-Preis beworben und wurden ausgewählt, das Projekt auf dem Bundesparteitag zu präsentieren.

Das allein ist schon ein toller Erfolg. Wir

sind gespannt, ob es auch für einen Preis reicht. Wie hoch die Trauben hängen kann man im Internet sehen:

<http://www.wilhelm-droescher-preis.de/index.php?nr=571&menu=1>

Weitere Informationen zum Bundesparteitag gibt es hier:

<http://www.spd.de/102392/>